

**Bau- und Planungsausschuss  
Protokoll Nr. BPA/05/2016**

**Umweltausschuss  
Protokoll Nr. UA/04/2016**

**über die öffentliche Sitzung des  
Bau- und Planungsausschusses teilweise gemeinsam mit dem  
Umweltausschuss (TOP 1 bis 5) am 16.03.2016,  
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9**

Beginn gemeinsame Sitzung : 19:00 Uhr  
Ende gemeinsame Sitzung : 20:20 Uhr  
Ende der Sitzung : 21:52 Uhr

**Anwesend**

**Bau- und Planungsausschuss**

**Vorsitz**

Herr Hartmut Möller

**Stadtverordnete**

Frau Carola Behr

Herr Jörg Hansen

Frau Anna-Margarete Hengstler

bis 20:44 Uhr

Frau Monja Löwer

Frau Karen Schmick

i. V. f. BM Graßau

**Bürgerliche Mitglieder**

Herr Olaf Falke

Herr Uwe Gaumann

Herr Rolf Griesenberg

i. V. f. StV Haase

## Umweltausschuss

### Vorsitz

Frau Marleen Möller

bis 20:20 Uhr

### Stadtverordnete

Frau Carola Behr

i. V. f. StV Wriggers,  
bis 22:10 Uhr

Herr Peter Egan

i. V. f. StV Schmick, bis 21:21 Uhr

Frau Anna-Margarete Hengstler

i. V. f. StV Rathje, bis 20:44 Uhr

### Bürgerliche Mitglieder

Herr Dirk Burmeister

bis 20:20 Uhr

Frau Susanna Hansen

i. V. f. StV Schmidt, bis 20:20 Uhr

Herr Toufic Khayat

bis 20:20 Uhr

Frau Cordelia Koenig

bis 20:20 Uhr

Frau Sibylle von Rauchhaupt

bis 20:20 Uhr

### Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Achim Reuber

bis 21:20 Uhr

Herr Angelius Krause

Behindertenbeirat, bis 21:45 Uhr

Herr Peter Engel

Seniorenbeirat, bis 21:45 Uhr

Herr Yannick Klix

Kinder- und Jugendbeirat,  
öffentl. Teil

### Sonstige, Gäste

Herr Sebastian Stegemann

WRS Architekten & Stadtplaner,  
zu TOP 5

Herr Michael May

May & Co. LUPUS XVIII GmbH &  
Co. KG, zu TOP 9

Herr Martin Kalkmann

Projektgesellschaft Lindenhof,  
zu TOP 10

Herr Norbert Schwencke

Projektgesellschaft Lindenhof,  
zu TOP 10

### Verwaltung

Herr Michael Sarach

bis 21:17 Uhr

Frau Andrea Becker

Herr Stephan Schott

Frau Annette Kirchgeorg

bis 20:20 Uhr

Herr Andreas Schneider

ab 20:00 Uhr

Frau Katharina Freimuth

bis 20:20 Uhr

Frau Heike Becker

bis 21:17 Uhr

Frau Anette Kruse

Frau Maren Uschkurat

Protokollführerin

Herr Thomas Dohmann

Protokollführer

**Entschuldigt fehlt/fehlen**

**Bau- und Planungsausschuss**

**Stadtverordnete**

Herr Rafael Haase

**Bürgerliche Mitglieder**

Herr Uwe Graßau

**Umweltausschuss**

**Stadtverordnete**

Frau Claudia Rathje  
Frau Karen Schmick  
Herr Christian Schmidt  
Herr Heino Wriggers

## **Behandelte Punkte der Tagesordnung:**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung des gemeinsamen Sitzungsteils
5. Kenntnisnahme des vorgelegten Entwurfes für den Flächennutzungsplan und Beschluss zur Erarbeitung der weiteren Bestandteile des Planwerkes **2016/031**
6. Festsetzung der Tagesordnung
7. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 04/2016 vom 02.03.2016
8. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
  - 8.1. Berichte gem. § 45 c GO
  - 8.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
    - 8.2.1. Leitungsverlegungen im Stadtgebiet
    - 8.2.2. Fördermittel für Radschnellwege
    - 8.2.3. S-Bahn-Linie S4, Planfeststellungsabschnitt
    - 8.2.4. Städtebauförderung - Informationsveranstaltung für Eigentümer, Gewerbetreibende und Mieter
    - 8.2.5. Städtebauförderung - Zustimmung des Ministers für Inneres und Bundesangelegenheiten zum erweiterten Untersuchungsgebiet
9. Bebauungsplan Nr. 88 **2016/030**
  - Trennung des Bebauungsplans in zwei Teilbereiche A und B
  - Weitere Entwurfsplanung für Teilbereich B
10. Verfahrensstände beim Projekt Lindenhof
11. Planungsaufgabe für die Brückenplanung Brauner Hirsch **2016/026**
12. Antrag des Behindertenbeirates f. d. BPA/UA - Barrierefreie Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes **AN/022/2016**
  - Errichtung eines Behinderten-WC im Fahrradparkhaus

13. Verschiedenes
- 13.1. Fahrradbügel im Platzbereich Hagener Allee
- 13.2. Schlaglöcher in der Straße Am Aalfang
- 13.3. Austausch Midibusse
- 13.4. Lagerung von alten Kfz in der Hamburger Straße
- 13.5. Austritt von Flüssigkeit in der P+R-Anlage "Alter Lokschuppen"
- 13.6. Behindertenparkplätze im Platzbereich Hagener Allee
- 13.7. Defekte Parkscheinautomaten im Stadtgebiet

## 1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzenden haben sich dahingehend geeinigt, dass der gemeinsame Sitzungsteil vom Vorsitzenden des Bau- und Planungsausschusses geleitet wird.

Der Vorsitzende, Herr Möller begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

## 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit beider Ausschüsse ist gegeben.

## 3. Einwohnerfragestunde

**Herr Markus Linke** nimmt Bezug auf den Tagesordnungspunkt 5 und gibt zu bedenken, dass bei weiterer Ausweisung von Wohnbauflächen auch negative Folgen hervorgerufen werden könnten. Er bittet die Verwaltung mitzuteilen, ob bei der Flächennutzungsplan-Aufstellung berücksichtigt wird, ob weitere Wohneinheiten sich auch für die Stadt Ahrensburg amortisieren. Dazu berichtet die Verwaltung, dass die Stadt Ahrensburg eine wachsende Stadt zumindest in den nächsten zehn bis 20 Jahren ist und die ca. zusätzlichen 2.000 Wohneinheiten auf diesen Zeitraum gerechnet werden. Ziel weiterer Ausweisung von Wohnbauflächen ist es, unter anderem die vorhandenen Infrastruktureinrichtungen auch zukünftig auszulasten. Des Weiteren wird beim Zuzug Ahrensburgs hauptsächlich mit jungen Familien gerechnet.

Ferner berichtet Herr Linke, dass er den Eindruck hat, als wenn die Flächen willkürlich von der Verwaltung ausgewiesen wurden. Hierzu entgegnet die Verwaltung, dass bereits seit Jahren über die jetzt auch wieder aufgenommenen Flächen gesprochen wird. Hintergrund für die wieder aufgenommenen Flächen ist die Festlegung im integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK), das eine bestimmte Anzahl an Wohneinheiten für die nächsten Jahre vorgibt.

Auf Nachfrage bestätigt die Verwaltung, dass die Fläche im Rosengeweg/Bünningstedter Straße bereits im alten Flächennutzungsplan als Wohnbaupotentialfläche ausgewiesen wurde.



## 5. **Kenntnisnahme des vorgelegten Entwurfes für den Flächennutzungsplan und Beschluss zur Erarbeitung der weiteren Bestandteile des Planwerkes**

Der Ausschuss diskutiert intensiv über die Vorlage 2016/031. Insbesondere fragt sich der Ausschuss, warum die Flächen Erlenhof-Nord, Rosenweg und Stormarnplatz wieder in den Flächennutzungsplan (FNP) aufgenommen wurden, obwohl diese Flächen durch Beschluss des Ausschusses rausgenommen wurden.

Die Verwaltung erklärt, dass die Flächen wieder aufgenommen wurden, um noch einmal abschließend über die aus ihrer Sicht verfrühte Streichung der Flächen zu entscheiden, da gemäß integriertem Stadtentwicklungskonzept (ISEK) die Anzahl der zu schaffenden Wohneinheiten (WE) vorgegeben ist.

Herr Stegemann erläutert noch einmal anhand einer Präsentation (**vgl. Anlage**) den WE-Bedarf von ca. 2.000 in Ahrensburg in den nächsten 15 Jahren. Wenn die oben genannten Flächen nicht im FNP mit ausgewiesen werden, dann kann die Stadt diesen Bedarf an WE nicht decken. Die Nachverdichtung im Stadtgebiet bringt quantitativ nicht so viele WE. Außerdem wird darauf hingewiesen, dass die Stadt bei ausgewiesenen Flächen ein Vorkaufsrecht hat. Klargestellt wird auch, dass die Planungshoheit weiterhin bei der Stadt liegt und folglich Wohnbaupotenzialflächen nicht zwingend durch einen Bebauungsplan tatsächlich ausgewiesen werden müssen.

Ein Ausschussmitglied fragt, um was es sich für eine Fläche in Wulfsdorf handelt, da man bei der Umsetzung des Baugebietes „Wilde Rosen“ den Anwohnern damals erklärt hat, dass der dörfliche Charakter auf jeden Fall erhalten bleibt. Die Verwaltung berichtet, dass es sich um eine Sondergebietsfläche handelt und der dörfliche Charakter dadurch nicht gefährdet sei. Die Ausweisung dieser Fläche als Sondergebiet wird dringend empfohlen, da eine Nichtregelung dieser Fläche nicht gewünschte Folgen für die Stadt haben kann.

Auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes bestätigt Herr Stegemann, dass noch keine geeignete Fläche für die Feuerwehr gefunden wurde, eine Verständigung mit dem Landschaftsplan muss somit noch erfolgen. Hinsichtlich der Nordtangente verweist er darauf, dass nur Flächen innerhalb des Stadtgebietes aufgezeigt werden können.

Ein Ausschussmitglied appelliert an die anderen Mitglieder, noch einmal über die Streichung der Flächen nachzudenken, da die Stadt Ahrensburg sich für einen mittleren Wachstumstrend entschieden hat und bei nicht ausreichender Ausweisung von Wohnraum auch der Wirtschaftsstandort Ahrensburg gefährdet sei. Des Weiteren weist er auf den zunehmenden Verkehr hin, der ohne genügend WE im Stadtgebiet zunehmen wird, da die Leute ins Umland ziehen, wo die ÖPNV-Anbindung nicht so gut ist, sodass die Leute verstärkt das Kfz nutzen werden.

Der Ausschuss fordert eine überarbeitete Vorlage mit der Anzahl der Baugenehmigungen in der Innenstadt und im Erlenhof.

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen stellen folgenden Antrag:

Die Vorlage wird in vorliegender Form zurückgewiesen und die Verwaltung wird aufgefordert, eine Vorlage zu entwickeln, die folgende Vorgaben enthält:

Jeder Spiegelstrich auf Seite 2 wird ausführlich begründet. Der Spiegelstrich Rosenweg/Erlenhof wird in zwei Spiegelstriche unterteilt.

Jede einzelne Maßnahme wird im Beschlussvorschlag aufgeführt, um eine getrennte Abstimmung zu ermöglichen.

**Abstimmungsergebnis:**

**BPA Alle dafür**

gez. Hartmut Möller  
Vorsitzender BPA

Marleen Möller  
Vorsitzende UmwA

gez. Maren Uschkurat/Thomas Dohmann  
Protokollführer/in



## **8. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung**

### **8.1. Berichte gem. § 45 c GO**

Die Verwaltung teilt mit, dass es in der heutigen Sitzung keine Berichte bzw. Mitteilungen gemäß § 45 c der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein gibt.

### **8.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen**

#### **8.2.1. Leitungsverlegungen im Stadtgebiet**

Die Verwaltung teilt mit, dass im Ahrensburger Stadtgebiet im Jahre 2016 erhebliche Leitungsverlegungen - insbesondere für die Telekommunikation - geplant sind. Nach derzeitigem Stand sollen ca. 18,8 km Leitungen verlegt werden. Dem Protokoll wird als **Anlage** beigefügt eine Übersicht mit den Leitungen über 200 m.

#### **8.2.2. Fördermittel für Radschnellwege**

Explizit für Radschnellwege ist eine Förderung nicht vorhanden.

Fördermittel zur nachhaltigen Mobilität stehen von dem Projektträger Jülich zur Verfügung und sind in der Kommunalrichtlinie 2016/2017 verankert. Gefördert werden Maßnahmen zur Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur durch Ergänzung vorhandener Wegenetze, den Bau neuer Radwege und die Umgestaltung von Knotenpunkten für den Radverkehr. Die LED-Beleuchtung der neu errichteten Radwege ist ebenfalls förderfähig.

Die mögliche Höhe der Förderung beträgt 50 %, wobei die maximale Zuwendung auf 350.000 € begrenzt ist. Die LED-Beleuchtung ist mit 20 % bis 30 % förderfähig.

Projektbegleitende Ingenieurleistungen zur Errichtung und Inbetriebnahme der geförderten Infrastruktur sind ebenfalls förderfähig.

### **8.2.3. S-Bahn-Linie S4, Planfeststellungsabschnitt**

Dem Protokoll wird als **Anlage 1** ein Schreiben der DB Netz AG zur S-Bahnlinie S4 (Ost Hamburg-Bad Oldesloe) beigelegt. Ebenso beigelegt wird als **Anlage 2** ein Antwortschreiben der Verwaltung.

### **8.2.4. Städtebauförderung - Informationsveranstaltung für Eigentümer, Gewerbetreibende und Mieter**

Im Rahmen des Städtebauförderprogramms und den vorbereitenden Untersuchungen (Innenstadtkonzept) bereitet die Verwaltung zusammen mit dem Planungsbüro Baumgart + Partner eine Informationsveranstaltung für Eigentümer, Gewerbetreibende und Mieter vor. Diese erfolgt gemäß § 137 Baugesetzbuch. Hiernach sollen alle Eigentümer, Mieter, Pächter und sonstigen Betroffenen im Untersuchungsgebiet möglichst frühzeitig beteiligt werden.

Die Informationsveranstaltung wird am 11.04.2016 um 19:00 Uhr in der Reithalle, Kulturzentrum Marstall am Schloss e.V., Lübecker Str. 8, 22926 Ahrensburg stattfinden. Eingeladen wurden alle Grundstücks- und Immobilieneigentümer sowie Gewerbetreibenden im Untersuchungsgebiet. Die rund 700 Eigentümer und knapp 800 Gewerbetreibende wurden postalisch informiert. Die Veranstaltung dient dazu, über die möglichen Auswirkungen für Grundeigentümer und Gewerbetreibende sowie die mögliche Abgrenzung eines Sanierungsgebietes zu informieren.

### **8.2.5. Städtebauförderung - Zustimmung des Ministers für Inneres und Bundesangelegenheiten zum erweiterten Untersuchungsgebiet**

Die Anerkennung der Erweiterung des Gebietes der vorbereitenden Untersuchungen wurde nach der öffentlichen Bekanntmachung am 04.03.2016 beim Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten in Kiel beantragt. Der Ergänzungsbereich bezieht sich auf das nähere Bahnhofsumfeld. Mit dem Schreiben vom 11.03.2016 wurde der neuen räumlichen Abgrenzung des Gebiets in der vorgelegten Form zugestimmt.

**9. Bebauungsplan Nr. 88**  
**- Trennung des Bebauungsplans in zwei Teilbereiche A und B**  
**- Weitere Entwurfsplanung für Teilbereich B**

Bevor die Ausschussmitglieder über die Vorlage diskutieren, bekommt Herr May als betroffener neuer Eigentümer Rederecht. Er berichtet, dass er zuversichtlich ist, kurzfristig alle offenen Fragen mit den Beteiligten WAS, Familia und der Stadt Ahrensburg zu erreichen. Er bittet deshalb die Ausschussmitglieder, den Bebauungsplan zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu trennen. Daraufhin hinterfragt ein Ausschussmitglied, ob die Trennung der Bebauungspläne zum heutigen Zeitpunkt wirklich notwendig ist. Diesbezüglich rät die Verwaltung davon ab, der Vorlage heute nicht zuzustimmen, da die Stadt und die WAS, nachdem es bereits zu erheblichen Verzögerungen durch den vorherigen Vorhabenträger gekommen ist, die Gewerbeflächen zeitnah ausweisen wollen. Es hat sich in den letzten eineinhalb Jahren gezeigt, dass das Sondergebiet zu komplex ist, um dieses zeitgleich mit den Gewerbeflächen zu realisieren. Die heutige Entscheidung, die Bebauungspläne zu trennen, ist keine Entscheidung gegen das Fachmarkzentrum, sondern lediglich eine Entscheidung für die kurzfristige Realisierung von notwendigen Gewerbeflächen. Ergänzend stellt ein Ausschussmitglied fest, dass quasi die 30.000 €, die hierfür benötigt werden, mit dem Gewinn aus dem Erlös der Gewerbeflächen finanziert werden.

Auf Nachfrage berichtet die Verwaltung, dass das Regenrückhaltebecken so hergestellt wird, als wenn der B-Plan in Gänze realisiert werden könnte. Des Weiteren wird die Planstraße A bis zur Grundstücksgrenze des Teilgebietes A fortgeführt.

Zum weiteren Vorgehen teilt die Verwaltung mit, dass - sofern der Beschluss in der heutigen Sitzung gefasst wird - innerhalb von zwei Monaten der Teilbereich B erarbeitet werden kann, sodass noch vor der Sommerpause die Offenlage beschlossen werden kann. Wie ein Ausschussmitglied ergänzend feststellt, handelt es sich hierbei um einen so genannten Vorratsbeschluss, der jederzeit gestoppt werden kann, sofern es zu einer kurzfristigen Einigung mit dem neuen Eigentümer kommt.

Sodann wird über die Vorlage wie folgt abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** **Alle dafür**

## 10. Verfahrensstände beim Projekt Lindenhof

Die Verwaltung berichtet, dass bei den Planungen des Lindenhofprojektes sehr in das Detail gegangen wurde, jedoch am 13.04.2016 im Umweltausschuss sowie am 20.04.2016 im Bau- und Planungsausschuss mit dem Beschluss der Offenlage gerechnet wird.

Ergänzend berichten die Projektentwickler, dass einige Zeitverzögerung auch durch das Hinzukommen eines so genannten Endinvestors entstanden ist. Jedoch ist nun beabsichtigt, parallel zum Bauleitplanverfahren auch das Bauantragsverfahren soweit voranzureiben, dass gegebenenfalls noch im April der Bauantrag gestellt werden kann. Auch der zwingend notwendige städtebauliche Vertrag ist bis auf ein paar kleine Details ausgehandelt.

Auf Nachfrage bestätigt die Verwaltung, dass grundsätzlich der Siegerentwurf weiterverfolgt wurde, jedoch beispielsweise aufgrund von Einwänden von Bürgern dieser angepasst wurde.

Hinsichtlich der Regelung im Kaufvertrag zu den Fassaden verweist die Verwaltung darauf, dass dieser Passus in den städtebaulichen Vertrag aufgenommen wurde, da dies inhaltlich hier zu regeln ist.

Nachfolgend wird über den geänderten Kaufvertrag, der derzeit der Politik zur Entscheidung vorliegt, diskutiert. Inhaltlich ist der Kaufvertrag jedoch im Finanzausschuss zu beraten und zu beschließen.

Die Projektentwickler betonen auf Nachfrage, dass sie sehr bemüht sind, den Stand nach § 33 BauGB hinzubekommen, sodass eine zeitnahe Kaufpreiszahlung an die Stadt Ahrensburg möglich ist. Auf Nachfrage bestätigt die Verwaltung, dass ein Bauantrag vor Stand nach § 33 BauGB eingereicht werden und bereits eine Vorprüfung erfolgen, jedoch noch keine Genehmigung erteilt werden kann.

Abschließend kommen die Ausschussmitglieder noch einmal auf das neue Rücktrittsrecht im geänderten Kaufvertrag zu sprechen und bitten den Projektentwickler, ein Beispiel hierfür zu nennen. Als theoretisches Beispiel wird eine Nachbarschaftsklage genannt. Hierzu verweisen die Ausschussmitglieder auf die rechtssichere Aufstellung des Bebauungsplans.

**11. Planungsaufgabe für die Brückenplanung Brauner Hirsch**

Die Verwaltung erläutert kurz die Vorlage anhand der Anlagen zur Vorlage (**vgl. Anlage**). Der Ausschuss wird gefragt, wo mögliche Widerlager positioniert werden können und wie lang die Brücke werden soll.

Der Ausschuss regt an, dass durch die Deutsche Bahn (DB) geprüft werden soll, in welchem Maße eine Dammaufschüttung erfolgen kann. Außerdem soll die DB eine Planskizze vorlegen, in der auch die Topografie erkennbar ist.

Die Verwaltung berichtet, dass die Stadt so eine Skizze nicht erstellen wird und die Bahn an einem schnellen Verfahren interessiert ist.

Die Verwaltung soll der DB folgende alternative Planungsaufgabe mitteilen:

Die Brücke soll so geplant werden, dass in der Gradientenlinie kein Tiefpunkt entsteht, sondern mit einem gleichmäßigen Gefälle die Bahn überspannt wird. Die geschütteten Dämme vor den Brückenwiderlagern sollen nur etwa einen Meter hoch sein. Es soll eine Art Talbrücke geplant werden.

**Abstimmungsergebnis:**

**Alle dafür**

**12. Antrag des Behindertenbeirates f.d. BPA/UA - Barrierefreie Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes  
- Errichtung eines Behinderten-WC im Fahrradparkhaus**

Der stellvertretende Vorsitzende des Behindertenbeirates erläutert noch einmal den Antrag AN/022/2016.

Es soll eine abschließende Klärung erfolgen, welcher Ausschuss für die Errichtung der Toilette zuständig ist.

**Anmerkung der Verwaltung:**

*Gemäß § 6 der Zuständigkeitsordnung befasst sich der Umweltausschuss mit der Behindertentoilette (vgl. auch entsprechende Zuordnung des Produkts 53810 zum Umweltausschuss – siehe S. 65 des HH-Entwurfs 2016), soweit nicht der Finanzausschuss für die allgemeine Gebäudeunterhaltung zuständig ist. Bei der Erarbeitung einer Lösung für die Behindertentoilette am ZOB ist auch der Bau- und Planungsausschuss (BPA) zu beteiligen wegen des heutigen räumlichen Zusammenhanges zum ZOB, der in der vorbereitenden Untersuchung vorgeschlagenen Freiraumplanung um den Bahnhof und der angedachten Integration in das Fahrradparkhaus – also dreier beim BPA angesiedelten Projekte.*

*Die Verwaltung teilt zu Antrag Nr. AN/022/2016 Punkt 1 mit, dass im Haushalt 2016 keine entsprechenden Mittel für die Planung und den Bau eines Fahrradparkhauses berücksichtigt wurden. Die eventuell zu bildenden Haushaltsausgabereste sind nicht geeignet, um das Projekt so voranzutreiben, dass mit einer Fertigstellung des Fahrradparkhauses am beschlossenen Standort nordöstlich der P+R-Anlage „Alter Lokschuppen“ in den nächsten 24 Monaten gerechnet werden kann.*

*Das Behinderten-WC ist derzeit in einem für Rollstuhlfahrer gebrauchsfähigen, verkehrssicheren Zustand. Die Umbauwünsche wären insofern zu konkretisieren - unter Beibehaltung des Gebäudes und der ZOB-Anlage.*

*Der Wunsch, im Bahnhof Ahrensburg einen Stadtplan für Blinde aufzuhängen und an Handläufen Hinweise in Blindenschrift zu installieren, wurde von der Verwaltung an die zuständige DB-Station und Service AG, Bahnhofsmanagement Lübeck, weitergeleitet.*

*In der Städtebauförderungsanalyse (neuer Stand: 16.03.2016) ist das barrierefreie WC bereits aufgenommen.*

*Maßnahme 56 lautet: Umgestaltung der Straßenräume und des ZOBs unter Berücksichtigung des Ruhenden Verkehrs und des Radverkehrs bzw. einer barrierefreien Toilette (eventuell auch im Fahrradparkhaus).*

Der Ausschuss ist sich einig, dass im Bahnhofsbereich eine bedarfsgerechte Behindertentoilette errichtet werden muss. Vor dem Hintergrund der Städtebauförderung kann aber im Moment nicht abschließend geklärt werden, welche Kosten zu erwarten sind und welcher Standort geeignet ist.

Der stellvertretende Vorsitzende des Behindertenbeirates berichtet zusätzlich, dass die Tür zu schnell öffnet und schließt, in jede Richtung fünf Sekunden. Rollstuhlfahrer haben keine Möglichkeit, in dieser Zeit in die Toilette zu kommen oder sie wieder zu verlassen.

Die Verwaltung sichert zu, sich dieses Problems anzunehmen.

## **13. Verschiedenes**

### **13.1. Fahrradbügel im Platzbereich Hagener Allee**

Ein Ausschussmitglied nimmt Bezug auf die neuen Fahrradbügel im Platzbereich Hagener Allee auf Höhe des Eispavillons und merkt an, dass diese ungünstig aufgestellt wurden und bittet die Verwaltung zu prüfen, ob der hinterste Fahrradbügel versetzt werden kann. Die Verwaltung sichert zu, dies zu überprüfen.

### **13.2. Schlaglöcher in der Straße Am Aalfang**

Die Verwaltung wird gebeten, die Straße Am Aalfang hinsichtlich der Schlaglöcher zu überprüfen und gegebenenfalls Maßnahmen zu ergreifen, diese auszubessern.

### **13.3. Austausch Midibusse**

Seitens eines Ausschussmitgliedes wird berichtet, dass noch nicht - wie zugesagt - die Midibusse durch neuere ausgetauscht wurden und bittet die Verwaltung, dies zu hinterfragen und kurzfristig auf den Austausch darauf hinzuwirken.

#### ***Anmerkung der Verwaltung:***

*Wie die VHH auf Nachfrage versichert hat, sind die neu beschafften und ausgestatteten Midibusse auch auf der HVV-Linie 576 und damit in der Siedlung Steinkamp seit April 2015 im Einsatz; seitdem sind dort auch keine Beschwerden über Fahr- und Motorengeräusche mehr eingegangen.*

#### **13.4. Lagerung von alten Kfz in der Hamburger Straße**

Es wird berichtet, dass auf dem ehemaligen VW-Gelände alte Kfz abgestellt wurden. Die Verwaltung wird gebeten mitzuteilen, ob dies zulässig ist und ob die Verwaltung hiervon Kenntnis hat.

##### ***Anmerkung der Verwaltung:***

*Nach Aussage des jetzigen Betreibers, einer Autoaufbereitungsfirma, wurde das Grundstück für einen Zeitraum von zwei Jahren gepachtet. Eine Verlängerung des Pachtvertrages hierüber hinaus ist nicht geplant, vielmehr soll dann das Gebäude abgerissen werden. Die alte Nutzung des Grundstücks ist noch nicht so lange aufgegeben, dass die alte Genehmigung erloschen ist. Somit muss planungsrechtlich keine neue Genehmigung erteilt werden.*

#### **13.5. Austritt von Flüssigkeit in der P+R-Anlage "Alter Lokschuppen"**

Hinsichtlich einer Nachfrage zur P+R-Anlage „Alter Lokschuppen“ verweist die Verwaltung auf den nicht öffentlichen Sitzungsteil.

#### **13.6. Behindertenparkplätze im Platzbereich Hagener Allee**

Auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes wird auf die Bau- und Planungsausschusssitzung Nr. BPA/14/2015 vom 18.11.2015, Tagesordnungspunkt 14.4, hingewiesen. Die Anzahl der Behindertenparkplätze hat sich nicht erhöht, lediglich wurden die vorhandenen auf die Normbreite von 3,5 m angepasst.

Des Weiteren berichtet die Verwaltung auf Nachfrage, dass das zweite Schild jeweils aufgestellt wurde, da das bisherige Schild häufig nicht beachtet wurde. Durch die Aufstellung eines weiteren Schildes hofft die Verwaltung, dass es zu weniger Falschparkern kommt.

### **13.7. Defekte Parkscheinautomaten im Stadtgebiet**

Ein Ausschussmitglied berichtet, dass die Parkscheinautomaten im Innenstadtbereich häufig defekt sind und dann ein Schild angebracht wird, welches nicht auf den nächsten Parkscheinautomaten verweist, sondern dass kein Parkschein gezogen werden muss. Die Verwaltung wird gebeten mitzuteilen, weshalb nicht auf den nächsten Parkscheinautomat verwiesen wird. Hierzu berichtet die Verkehrsaufsicht, dass es starke gesetzliche Regelungen gibt, die eindeutig besagen, dass nur eine zumutbare Entfernung rechtens ist. Da es hier bereits viele Probleme gegeben hat, wurde das jetzige Prozedere, bei defekten Parkscheinautomaten auf die Parkscheinplicht zu verzichten, eingeführt.

gez. Hartmut Möller  
Vorsitzender

gez. Maren Uschkurat/Thomas Dohmann  
Protokollführer/in